



Pressemitteilung

Beziehungen mit der EU: Die Schweiz muss sich nun umgehend positionieren

Bern, 15 Dezember 2021 - **Rechtliche Instabilität, Verschlechterung der Beziehungen, schleichender Verlust des Marktzugangs ... Die Folgen des Beschlusses des Bundesrates, das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) nicht zu unterzeichnen, sind in mehrfacher Hinsicht beunruhigend. Wirtschaftsverbände sind besorgt und alarmiert. Sie rufen auf, dieses Thema dringend wieder auf die Tagesordnung zu setzen.**

Um ihren Befürchtungen und denen ihrer Mitgliedsunternehmen Gehör zu verschaffen, haben die Fédération des Entreprises Romandes Genève (FER Genf) und das Groupement des Entreprises Multinationales (GEM), vom Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) unterstützt, eine Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, welches den bilateralen Weges bilanziert und die Auswirkungen des Scheiterns der Verhandlungen analysiert. Die Studie zeigt auf, wie es bilaterale Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz in der Vergangenheit ermöglicht haben, verschiedenste Bereiche effizient zu regeln. Diese stabilen Beziehungen und die entsprechende Rechtssicherheit können sie für die Schweiz künftig nicht mehr gewährleisten.

Status quo ohne Zukunft

Professor Astrid Epiney, Autorin der Studie, sagt: «Der Abbruch der Verhandlungen hat und wird tatsächlich oder potenziell schädliche Auswirkungen haben. (...) Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind schwer zu beziffern (...), aber es ist mit erheblichen direkten und indirekten Folgen zu rechnen.» Die bestehenden bilateralen Abkommen können im Prinzip nicht mehr aktualisiert werden. Die EU ist betreffend dem Abschluss neuer Abkommen, insbesondere über den Marktzugang, äusserst zurückhaltend. Es ist zu befürchten, dass sie der Schweiz die Anerkennung der Gleichwertigkeit für zahlreiche Produkte oder Dienstleistungen verweigern wird. Das würde für Marktteilnehmer erhebliche Auswirkungen mit sich bringen. Diese Ungewissheit und die Rechtsunsicherheit bezüglich der Entwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union könnte die wirtschaftliche Lage beeinträchtigen.

EU-Beziehungen rasch auf die politische Agenda setzen

Diese Realität alarmiert innovative KMU und Start-up-Unternehmen, die im Rahmen von Forschungsrahmenprogrammen der EU Finanzierungsbeiträge erhalten haben. Sie alarmiert multinationale Unternehmen, deren in der Schweiz angesiedelte Aktivitäten innerhalb ihrer Organisation mit anderen Standorten konkurrieren. Sie sind nun mit einer kaum tragbaren rechtlichen Instabilität und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Und genau diese Realität alarmiert schliesslich die Wirtschaftsverbände. Sie setzen sich dafür ein, die europäische Agenda wieder in den Fokus der politischen Akteure rücken.

Ivan Slatkine, Präsident der FER Genf, und Olivier Straub, Vizepräsident des GEM, stimmen überein: «Die derzeitige Blockade muss ein Ende haben. Die Schweizer Unternehmen, die sich infolge der Pandemielage bereits in einer schwierigen Lage befinden, sind nun mit neuen Hindernissen konfrontiert, die sie aufgrund des Abbruchs der Verhandlungen stark benachteiligen. Wir dürfen ihre Situation nicht weiter verschlechtern. Die Verhandlungen sollten unverzüglich wieder aufgenommen werden.» Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Abbruch der Verhandlungen wird dazu führen, dass 26% der heute importierten Medizinprodukte nicht mehr in der Schweiz zugelassen werden können, obwohl der Bedarf in diesen Zeiten der Pandemie recht hoch ist. Das wird die Qualität der Gesundheitsversorgung erheblich beeinträchtigen.

Zwei Akteure, sechs Szenarien

Es obliegt dem Bundesrat, einen Ausweg aus der Krise zu weisen. Die möglichen Szenarien sind längst skizziert. Fakt ist: Der Möglichkeiten sind nicht viele und sie sind politisch mehr oder weniger realistisch. Ferner entsprechen sie auch nicht immer den Bedürfnissen der Schweizer Unternehmen.

Professor Astrid Epiney hebt in ihrer Studie ein Szenario hervor: Es ist die Kombination aus Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit einem oder mehreren neuen sektoralen Abkommen. Dies wäre eine Option im Interesse der Schweiz - vorbehältlich der Reaktion der EU.

Die **Fédération des Entreprises Romandes Genève (FER Genf)** ist eine 1928 gegründete Arbeitgeber- und Wirtschaftsdachorganisation. Sie unterstützt die Interessen von mehr als 80 Berufsverbänden und 28'000 Mitgliedsunternehmen, darunter 9000 Selbstständigerwerbende, sowohl auf politischer als auch wirtschaftlicher Ebene. Ihre Mitglieder repräsentierten alle Sektoren der Wirtschaft (Handwerk, Industrie, Dienstleistung, multinationale Unternehmen, Finanzwirtschaft usw.).

Der **Groupement des Entreprises Multinationales (GEM)** verfolgt die Absicht, die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder im Kontakt mit den staatlichen Stellen sowie der allgemeinen Öffentlichkeit zu fördern und zu verteidigen. Mit mehr als 95 Mitgliedern, bei denen es sich um multinationale Unternehmen jeder Größenordnung mit schweizerischen und ausländischen Wurzeln handelt, vertritt der GEM mit Sitz in der Westschweiz fast 35'000 Arbeitnehmer in dieser Region.

Kontakt:

Ivan Slatkine – Präsident der FER Genf – 079 301 40 84 – ivan.slatkine@fer-dg.ch

Stéphanie Ruegsegger – Allgemeine politische Leiterin der FER Genf - 079 203 20 43 – stephanie.ruegsegger@fer-ge.ch

Olivier Straub – Vizepräsident des GEM – 058 715 32 99 – presse@gemonline.ch

Arnaud Bürgin – Generalsekretär des GEM – 079 910 98 45 – presse@gemonline.ch

Professor Astrid Epiney – Rektorin der Universität Freiburg und Leiterin des Instituts für Europäisches Recht – 079 214 20 00 – astrid.epiney@unifr.ch